

VW erwägt für Dieselaautos eine Eintauschprämie

Als Alternative zur Umrüstung

WOLFSBURG (dpa). Mit den Rückrufen in der Abgas-Affäre rollt eine Welle auf die VW-Werkstätten zu. Wartezeiten drohen, womöglich logistische Probleme. Allein 2,4 Millionen Dieselaautos sind hierzulande betroffen. Daher erwägt VW nun eine Alternative zur Nachbesserung alter Autos – eine Eintauschprämie, wie es aus Kreisen des Konzerns und der Volkswagen-Partner heißt. Bei der Idee, wonach VW die Wagen in Zahlung nehmen und gleichzeitig Anreize für einen Neuwagenkauf setzen könnte, stehen vor allem die betroffenen Motoren mit 1,6 Liter Hubraum im Fokus. Bei dem Aggregat reicht nicht nur ein Software-Update. Es muss auch neue Technik her – mit entsprechenden Kosten für die Bauteile und die Arbeitsstunden. VW-Kunden könnten vor allem bei Dieseln mit hoher Laufleistung von einem eventuellen Eintausch profitieren, falls sie ohnehin mit einem Neukauf liebäugeln und VW sich großzügig bei der Restwertberechnung zeigt.

Derweil wies der VW-Betriebsrat einen Bericht des *Manager-Magazins* über einen angeblich schon beschlossenen Beförderungsstopp zurück, um Kosten zu sparen. „Hier handelt es sich um einseitige Vorstellungen des Vorstands, die wir so nicht akzeptieren werden. Das haben wir Freitag mit dem Personalwesen besprochen“, sagte VW-Konzernbetriebsratschef Bernd Osterloh am Wochenende.

Ökonom: Flüchtlingskrise kostet zehn Milliarden

MANNHEIM (dpa). Das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) rechnet wegen der Flüchtlingskrise mit erheblichen finanziellen Belastungen für den deutschen Staat. „Es wäre unredlich, so zu tun, als würde die Bewältigung der Flüchtlingskrise nichts kosten“, sagte ZEW-Präsident Clemens Fuest der *Schwäbischen Zeitung*. „Deutschland hat sich entschieden, politisch Verfolgte aufzunehmen – meiner Meinung nach zu Recht. Diese Hilfe kostet Geld.“ Die Versorgung der Flüchtlinge veranschlagte der Ökonom für 2015 mit zehn Milliarden Euro. Angesichts von Überschüssen in den öffentlichen Kassen sei dies „gut verkraftbar“. Sollte die Zuwanderung unvermindert anhalten, lasse sich jedoch die schwarze Null im Bundeshaushalt „vermutlich nicht halten“.



Während den Windrädern die Zukunft gehören soll, dienen bald zahlreiche Kohlemeiler wie dieser in Niedersachsen nur noch als Reserve, um im Notfall die Stromversorgung zu sichern. FOTO: DPA

Abwrackprämie für die Kohle

Stromkonzerne nehmen Meiler vom Netz und halten sie als Reserve vor – wofür sie Geld kassieren

Von Bärbel Krauß und Agenturen

BERLIN. Nach langem Streit haben sich Energieerzeuger und Bundesregierung auf die vorzeitige Stilllegung von Braunkohlekraftwerken als Beitrag zum Klimaschutz geeinigt. Von 2016 an nehmen RWE, Vattenfall und Mibrag mehrere Blöcke schrittweise vom Netz. Diese sollen vier Jahre lang als Notreserve vorgehalten werden. Dafür sollen die Konzerne Geld erhalten – was Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Kritik einbringt.

Manchmal holen einen alte Sprüche ein. Im Sommer 2014 legte sich Gabriel mit den Strombossen an. Hartz IV für Kraftwerke werde es mit ihm nicht geben: „Nicht arbeiten, aber Geld verdienen“, das könne es ja wohl nicht sein, tonte der SPD-Chef. Bei der Braunkohle aber ist er nun eingeknickt.

Er hat am Wochenende mitgeteilt, dass die Bundesregierung mit den betroffenen Energieversorgern eine Einigung erzielt hat. Demnach sollen RWE, Vattenfall und Mibrag mehrere Braunkohlekraftwerke schrittweise stilllegen – insgesamt 13 Prozent der deutschen Braunkohlekapazitäten, damit Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2020 erreichen kann. Zugleich bleiben diese Meiler aber befristet für die sonnenarmen Wintermonate als

Versorgungsreserve erhalten. Für das Stilllegen und In-Reserve-Halten der Kohlemeiler sollen die Unternehmen entschädigt werden. Die Gesamtkosten von 1,6 Milliarden Euro werden nach Gabriels Angaben über sieben Jahre gestreckt – also fallen pro Jahr 230 Millionen Euro an. Die Entschädigungssumme wird über die Netzentgelte auf die Stromkunden umgelegt. Laut Wirtschaftsministerium ist mit einer Belastung von 1,75 Euro im Jahr zu rechnen.

Bei den oppositionellen Grünen und einigen Umweltverbänden stößt Gabriels Plan auf massive Kritik. „Besonders skandalös ist, dass die Regierung zum Teil für Kraftwerke bezahlt, die ohnehin vom Netz gegangen wären“, sagte Tina Löffelend vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Diesen Einwand macht auch die Umweltorganisation Germanwatch geltend. „Mit den RWE-Kraftwerksblöcken in Frimmersdorf und Niederaußem wurden zwei Kraftwerke in die Reserve aufgenommen, die ihre Altersgrenze längst erreicht haben und nun weitere vier Jahre von den Stromkunden alimentiert werden“, kritisierte der politische Geschäftsführer der Organisation, Christoph Bals. Trotz dieser Kritik im Detail lobte Bals allerdings den Signalcharakter von Gabriels Entscheidung. „Diese Einigung ist der Anfang vom Ende der Braunkohleverstromung in Deutschland“, betonte er. „Jetzt müssen die Re-

geln für einen sozialverträglichen Strukturwandel festgelegt werden.“

Gabriels Gesetz soll im November im Kabinett und Anfang nächsten Jahres vom Bundestag beschlossen werden. Seinen ursprünglichen Plan, die Klimaziele im Energiesektor mit einer Kohleabgabe durchzusetzen, ließ er nach zum Teil erbittertem Widerstand in der Union und in den Gewerkschaften fallen. Die ursprünglich von Gabriel favorisierte Strafabgabe wäre ein Hebel gewesen, die Unternehmen durch eine Kostenbelastung zur Abschaltung klimaschädigender Braunkohlekraftwerke zu bringen.

Nun lobte der Vizekanzler und Wirtschaftsminister die neue Abwrackprämie für die Kohlemeiler als gute Sache für Klima, Arbeitnehmer und Konzerne: „Die Maßnahme ist wichtig, um unsere Klimaziele zu erreichen und zugleich sicherzustellen, dass es in den betroffenen Regionen nicht zu Strukturbrüchen kommt“, erklärte Gabriel.

Die Grünen überzeugt das nicht. „Niemand braucht mit Milliarden subventionierte Braunkohlekraftwerke in Reserve, wenn gleichzeitig in Deutschland dutzende hochmoderne Gaskraftwerke stillstehen“, meinte Fraktionsvize Oliver Krischer. Niklas Schinerl von Greenpeace nannte die Vereinbarung „teuer und rechtlich höchst bedenklich“. Er sprach von einem Milliarden Geschenk an die Kohlekonzerne. *Kommentar*

KOMMENTAR

Gabriels Kohleplan Teuer wird es in jedem Fall

Von Bärbel Krauß

Wer es bisher noch nicht gemerkt hat, bekommt jetzt wieder einen Beleg für die Realitäten der Energiewende und des Klimaschutzes: Billig und unkompliziert sind beide nicht zu haben. Bezahlen müssen am Ende immer die Verbraucher – das war in schwarz-geblen Zeiten nicht anders, als es jetzt von der großen Koalition praktiziert wird. Nun werden auf Wunsch der Bundesregierung alte Braunkohlekraftwerke stillgelegt und, um die Stromversorgung während der sonnenarmen Wintermonate zu sichern, zugleich in Reserve gehalten. Dafür erhalten die Stromkonzerne eine Entschädigung, die über die Netzentgelte auf die Verbraucher abgewälzt wird. Aber da die Verbraucher zugleich die Bürger sind, die den Atomausstieg mehrheitlich weit länger als ein Jahrzehnt lang auf dem Umfrage-Wunschzettel stehen hatten, muss man die Folgekosten wohl als unvermeidlich akzeptieren. Das mag resignativ klingen, aber eines lassen die Kritiker von Sigmar Gabriels Entschädigungsplan unter den Tisch fallen: Wäre es zu der unter Klimaschützern beliebten Kohleabgabe gekommen, hätten die Stromerzeuger die Kosten über den Preis an die Kunden weitergegeben. Würde statt der billigen Kohle teureres Gas verstromt, würde das dem Klima nützen, den Geldbeutel der Verbraucher aber nicht schonen.



► krauss@badische-zeitung.de

HINTERGRUND

Netzentgelte steigen

Neue Stromleitungen, teure Anschlüsse von Windparks und immer mehr Entschädigungen für Eingriffe in den Netzbetrieb – die Energiewende treibt die Netzgebühren. Für 2016 rechnet das Verbraucherportal Verivox mit einem Anstieg um durchschnittlich vier Prozent. Zahlen müssen das die Verbraucher. Die Netzkosten machen 23 Prozent des Strompreises aus. Allein die prognostizierte Durchschnittserhöhung kostet einen 4000-Kilowattstunden-Durchschnittshaushalt zehn Euro pro Jahr plus Mehrwertsteuer. *dpa*

Billig telefonieren

| ORTSGESPRÄCHE Montag-Freitag | | | | |
|------------------------------|----------|----------|----------|--|
| Zeit | Anbieter | Kennzahl | Ct./Min. | |
| 0-7 | Arcor | 01070 | 0,26 | |
| | Tele2 | 01013 | 0,87 | |
| 7-19 | tellmio | 01038 | 1,84 | |
| | Star79 | 01079 | 1,84 | |
| 19-24 | Arcor | 01070 | 0,76 | |
| | Tele2 | 01013 | 0,87 | |

| FERNGESPRÄCHE Montag-Freitag | | | | |
|------------------------------|-----------|----------|----------|--|
| Zeit | Anbieter | Kennzahl | Ct./Min. | |
| 0-7 | Arcor | 01070 | 0,16 | |
| | Tele2 | 01013 | 0,75 | |
| 7-10 | 01098tele | 01098 | 0,77 | |
| | 010017 | 010017 | 0,98 | |
| 10-19 | 010017 | 010017 | 0,98 | |
| | 01098tele | 01098 | 0,99 | |
| 19-24 | Arcor | 01070 | 0,74 | |
| | Tele2 | 01013 | 0,75 | |

| ZUM HANDY Montag-Sonntag | | | | |
|--------------------------|----------|----------|----------|--|
| Zeit | Anbieter | Kennzahl | Ct./Min. | |
| 0-24 | 01032 | 01032 | 1,89 | |
| | 010011 | 010011 | 1,99 | |

Da der Anrufer die Handynummer nicht mehr dem Netz zuordnen kann, sind die Anbieter so gewählt, dass er im günstigsten Fall weniger, aber auf keinen Fall mehr bezahlt.

* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!
QUELLE: BZ/SACHS STAND 23.10.2015 BZ-GRAFIK

„Es sieht nicht gut aus“

Ende des Jahres soll in Paris ein weitreichender, globaler Klimapakt geschlossen werden – doch die Vorarbeiten sind wenig ermutigend

Von Christian Mihatsch

BONN. Gut einen Monat vor dem Beginn des Weltklimagipfels in Paris haben sich zahlreiche Länder wieder auf ihre altbekannten Maximalpositionen zurückgezogen. Viele Beobachter hoffen, dass die zuständigen Minister bei einem Treffen in der ersten Novemberhälfte Bewegung in die Verhandlungen bringen können.

Mehr als drei Viertel aller Länder haben mittlerweile eine Selbstverpflichtung zum Klimaschutz beim UN-Klimasekretariat hinterlegt. Doch die eigentlichen Verhandlungen kommen nicht voran. „In den Verhandlungen ist die Realität noch nicht angekommen“, sagt Sarah Blau von der EU wenig ermutigend. Dies gilt auch für das heikelste Thema – das Geld. Chinas Präsident Xi Jinping hat bei seinem Staatsbesuch in den USA jüngst drei Milliarden Dollar Klimageld in Aussicht gestellt. In den eigentlichen Verhandlungen der Staaten aber vertreten China und die anderen Entwicklungsländer den Standpunkt, einzig die Industriestaaten müssten Klimageld mobilisieren. Die Indus-

trienationen fordern hingegen, dass auch „Länder, die in der Lage sind, dies zu tun“, Klimageld bereitstellen. Auf Englisch handelt es sich dabei, um die Staaten „in a position to do so“ oder kurz die Potosido-Länder. Dazu gehören Singapur und die reichen Opec-Länder wie Saudi-Arabien, deren Wirtschaftskraft pro Kopf höher liegt als in vielen EU-Ländern.

Neben der Frage, wer in Zukunft Geld für den globalen Klimaschutz zur Verfügung stellen soll, sorgt selbst die Frage für Streit, wie viel Klimageld eigentlich heute schon fließt. Die Industriestaaten haben vor sechs Jahren versprochen, von 2020 an jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren. Ein Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, dass vergangenes Jahr 62 Milliarden Dollar von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer geflossen sind. Aus Sicht von Elina Bardram von der EU-Kommission zeigt das, „dass wir auf dem Weg sind, das 100-Milliarden-Versprechen einzuhalten.“ Für Joyce Deseko, die Sprecherin der Entwicklungsländer, hat der OECD-Bericht in den Klimaverhandlungen jedoch keinerlei Bei-



Arktis-Eis aus dem Weltall FOTO: DPA

deutung, „da er nicht von den Mitgliedsländern der UN-Klimakonvention in Auftrag gegeben wurde“.

Streit herrscht schließlich auch bei der Frage, wie private Mittel für den Klimaschutz gezählt werden sollen. Dabei ist aus Sicht von EU-Vertreterin Blau klar, dass es ohne private Investitionen nicht zu schaffen ist, das Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf zwei Grad im Jahres-

mittel verglichen mit der Zeit vor Beginn des Industriezeitalters zu begrenzen. „Wir reden nicht über Milliarden, sondern über Billionen Dollar“, so Blau.

Wie es nun weitergeht, ist unklar. „Es sieht nicht gut aus“, sagt Wendel Trio von der Klimaorganisation Climate Action Network. Aus seiner Sicht haben sich die Verhandlungen auf Diplomatenbene festgefressen. Der Verhandlungstext ist vergangene Woche bei einem Gipfel-Vorbereitungstreffen in Bonn von 20 auf 55 Seiten gewachsen und enthält immer mehr eckige Klammern, die umstrittene Formulierungen kennzeichnen. „Auf Diplomatenbene ist die Kluft zwischen Nord und Süd ausgeprägter als auf Ministerbene. Zum Teil sind das wohl auch persönliche Animositäten. Die Minister sind eher zu Kompromissen bereit“, meint Trio. Seine Hoffnung ist, dass die Minister bei einem Treffen zwischen dem 8. und 10. November die wichtigsten Streitpunkte klären. Debattiert wird, ob weitere Treffen nötig sind. Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation, nannte dies unnützlich. „Die Länder scheinen noch nicht bereit zu sein, zu verhandeln.“